

REPUBLIC  ÖSTERREICHDR. ALFRED GUSENBAUER
BUNDESKANZLERAn die
Präsidentin des Nationalrats
Mag. Barbara PRAMMER
Parlament
1017 WienXXIII. GP.-NR
662 IAB
14. Juni 2007
zu 677 J

GZ: BKA-353.110/0063-I/4/2007

Wien, am 11. Juni 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Öllinger, Freundinnen und Freunde haben am 23. April 2007 unter der **Nr. 677/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Nebenbeschäftigungen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

- *Wie viele MitarbeiterInnen Ihres Ressorts haben*
 - a) *derzeit*
 - b) *im Jahr 2006*
 - c) *im Jahr 2005*
- die Ausübung von erwerbsmäßigen Nebenbeschäftigungen gemäß § 56 BDG gemeldet?*
- *Wie viele Nebenbeschäftigungen wurden davon gemäß § 56 (2) gemeldet?*
- *Wie viele Nebenbeschäftigungen wurden davon gemäß § 56 (3) gemeldet?*
- *Wie viele Nebenbeschäftigungen wurden davon gemäß § 56 (5) gemeldet?*
- *Wie viele Meldungen entfallen in Frage 1-3 auf die Zentralstellen, wie viele auf nachgeordnete Dienststellen?*

Im Jahr 2007 haben bis dato 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung gem. § 56 (3) BDG gemeldet. Davon wurden zwei Nebenbeschäftigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer nachgeordneten Dienststelle gemeldet.

Im Jahr 2006 haben 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung gem. § 56 (3) BDG gemeldet. Davon wurden drei Nebenbeschäftigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer nachgeordneten Dienststelle gemeldet.

Im Jahr 2005 haben 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine erwerbsmäßige Nebenbeschäftigung gem. § 56 (3) BDG gemeldet. Davon entfiel eine Meldung auf eine nachgeordnete Dienststelle.

Zu Frage 6:

- *In wie vielen Fällen hat die zuständige Dienstbehörde die Ausübung der Nebenbeschäftigung in den Jahren*
- a) 2005
 - b) 2006
 - c) 2007
- untersagt und aus welchen Gründen?*

Im Jahr 2005 wurde in einem Fall die Ausübung einer Nebenbeschäftigung wegen des Verdachts der Behinderung von dienstlichen Aufgaben untersagt.

Zu Frage 7:

- *Gibt es für Ihr Ressort Richtlinien betr. Nebenbeschäftigungen, vor allem sensible Bereiche (§ 56 (2) betreffend) – und wenn ja, wie lauten diese?*

Die Überprüfung der gemeldeten Nebenbeschäftigungen erfolgt im Bundeskanzleramt im Einzelfall. Es gibt daher keine Richtlinien im Sinne der Anfrage.

Zu Frage 8:

- *Welche Nebenbeschäftigungen wurden seit 2002 von den Sektions- bzw. GruppenleiterInnen Ihres Ressorts bzw. vergleichbaren Dienstposten nachgeordneter Behörden gemeldet?*

Seit 2002 wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sinne der Anfrage Nebenbeschäftigungen gem. § 56 (3) BDG gemeldet.

Zu Frage 9:

- *Wer überprüft in Ihrem Ressort die gemeldeten Nebenbeschäftigungen?*

Die Überprüfung der gemeldeten Nebenbeschäftigungen erfolgt durch die Personalabteilung in ihrer Funktion als Dienstbehörde bzw. Personalstelle.

Zu Frage 10:

- *Sind in Ihrem Ressort mündlich gemeldete Nebenbeschäftigungen zulässig? Wenn ja, warum?*

Im Bundeskanzleramt sind mündlich gemeldete Nebenbeschäftigungen nicht zulässig.

Zu Frage 11:

- *Sind von Seiten der Bundesregierung Änderungen betr. Nebenbeschäftigungen gemäß § 56 BDG geplant? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?*

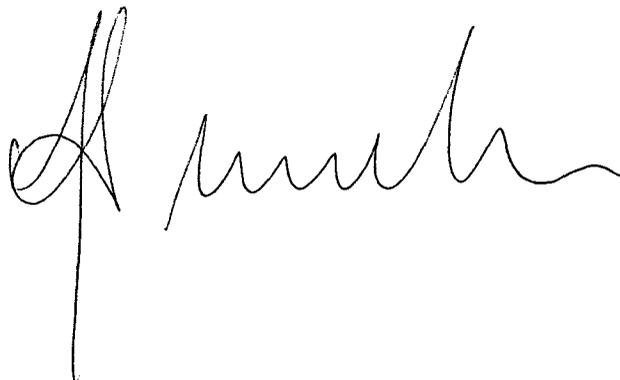
Zu dieser Frage weise ich darauf hin, dass mit Entschließung des Bundespräsidenten vom 1. März 2007, BGBl. II Nr. 49/2007, „Allgemeine Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallen“, in die Zuständigkeit der Frau Bundesministerin im Bundeskanzleramt Doris Bures übergegangen sind. Ich ersuche daher, Fragen, die den Zuständigkeitsbereich der Frau Bundesministerin Bures betreffen, in Zukunft zuständigkeitshalber an diese zu richten.

Ich habe diese Frage weitergeleitet und folgende Antwort erhalten:

Seitens der Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst ist geplant, im Rahmen der Dienstrechts-Novelle für den Bereich der Nebenbeschäftigungen zwei wesentliche Neuerungen zu schaffen:

Erstens sollen öffentlich Bedienstete in Zukunft auch jede Änderung einer bereits ausgeübten Nebenbeschäftigung zu melden haben. Zweitens wird klargestellt, dass der/die Leiter/in der Dienstbehörde unzulässigerweise ausgeübte Nebenbeschäftigungen unverzüglich durch die Erteilung einer schriftlichen Weisung zu untersagen

hat. Dadurch soll einerseits sichergestellt werden, dass sich die Dienstbehörden bezüglich der Nebenbeschäftigungen von Dienstnehmer/innen immer am aktuellsten Stand befinden. Andererseits besteht dann eine klare und ausdrückliche Regelung, um die Ausübung unzulässiger Nebenbeschäftigungen schnell und unkompliziert zu unterbinden.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by a series of connected, cursive letters that appear to read 'Müller'.